

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte

- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 2004/92 des Rates vom 13. Juli 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2245/85 über technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände in der Antarktis** 1
- Verordnung (EWG) Nr. 2005/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen 4
- Verordnung (EWG) Nr. 2006/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden 6
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 2007/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festlegung besonderer Übergangsmaßnahmen für Erzeugnisse, auf welche die zur Versorgung der Kanarischen Inseln erlassene Sonderregelung nicht angewandt wird** 8
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 2008/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 mit Durchführungsbestimmungen zur Produktionsbeihilferegelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse** 9
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 2009/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festlegung der gemeinschaftlichen Analysemethoden zum Nachweis des zur Bereitung von Spirituosen und aromatisierter weinhaltiger Getränke und Cocktails verwendeten landwirtschaftlichen Äthylalkohols** 10
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 2010/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 mit Durchführungsbestimmungen zur Produktionsbeihilferegelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse im Wirtschaftsjahr 1992/93** 11
- ★ **Verordnung (EWG) Nr. 2011/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Änderung von Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 2752/89 und zur Bestimmung der zur Herstellung einer Tonne Kartoffelstärke nötigen Kartoffelmenge und des für diese Menge zu zahlenden Mindestpreises** ... 13

Inhalt (Fortsetzung)

Verordnung (EWG) Nr. 2012/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung in Polen 18

Verordnung (EWG) Nr. 2013/92 der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Änderung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung 19

Berichtigungen

*** Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 1764/92 des Rates vom 29. Juni 1992 zur Änderung der Einfuhrregelung der Gemeinschaft für bestimmte Agrarerzeugnisse mit Ursprung in Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien und Zypern (ABl. Nr. L 181 vom 1.7.1992) 22**

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2004/92 DES RATES
vom 13. Juli 1992
zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2245/85 über technische Maßnahmen
zur Erhaltung der Fischbestände in der Antarktis

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
 GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
 Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 170/83 des Rates
 vom 25. Januar 1983 zur Einführung einer gemeinschaft-
 lichen Regelung für die Erhaltung und Bewirtschaftung
 der Fischereiressourcen⁽¹⁾, geändert durch die Akte über
 den Beitritt Spaniens und Portugals, insbesondere auf
 Artikel 11,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 170/83
 werden die erforderlichen Bestandserhaltungsmaßnahmen
 zur Erreichung der in Artikel 1 der Verordnung
 genannten Ziele anhand der verfügbaren wissenschaft-
 lichen Gutachten festgelegt.

Das Übereinkommen über die Erhaltung der lebenden
 Meeresschätze der Antarktis, nachstehend „Überein-
 kommen“ genannt, wurde durch den Beschluß
 81/691/EWG⁽²⁾ angenommen. Es ist für die Gemein-
 schaft am 21. Mai 1982 in Kraft getreten.

Die durch das Übereinkommen eingesetzte Kommission
 für die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der
 Antarktis (Antarktis-Kommission) hat auf Empfehlung
 ihres Wissenschaftlichen Ausschusses bestimmte Erhal-
 tungsmaßnahmen vor allem für die Fischbestände in den
 Gewässern vor der Küste Südgeorgiens angenommen und
 das Anmeldeverfahren festgelegt, das die Mitglieder der
 Antarktis-Kommission bei der geplanten Aufnahme einer
 neuen Fischerei einhalten müssen.

Diese Erhaltungsmaßnahmen wurden den Mitgliedern der
 Antarktis-Kommission am 5. November 1991 notifiziert.
 Da diese keine Einwände erhoben haben, sind die
 Maßnahmen gemäß Artikel IX Absatz 6 des Übereinkom-
 mens ab dem 4. Mai 1992 verbindlich.

Die Mitglieder der Antarktis-Kommission haben erklärt,
 daß sie diese Erhaltungsmaßnahmen vorläufig anwenden,

ohne den Zeitpunkt abzuwarten, an dem sie verbindlich
 werden, da einige der Maßnahmen für eine Fangperiode
 gelten, die am 1. Juli 1991 begonnen hat.

Folglich sind die erforderlichen Maßnahmen zu treffen,
 um die von der Antarktis-Kommission angenommenen
 Erhaltungsmaßnahmen für die Fischer der Gemeinschaft
 in Kraft zu setzen.

Nach Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 170/83 muß
 der Rat die zulässige Gesamtfangmenge je Bestand oder
 Bestandsgruppe, den Anteil der Gemeinschaft hieran
 sowie die besonderen Bedingungen für die Fangtätigkeit
 festlegen.

Die von der vorliegenden Verordnung betroffenen Fang-
 tätigkeiten unterliegen den Kontrollmaßnahmen der
 Verordnung (EWG) Nr. 2241/87 des Rates vom 23. Juli
 1987 zur Festlegung bestimmter Maßnahmen zur
 Kontrolle der Fischereitätigkeit⁽³⁾.

Die Verordnung (EWG) Nr. 2245/85⁽⁴⁾ ist entsprechend
 zu ändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 2245/85 wird wie folgt geän-
 dert :

1. Die Artikel 2, 2a und 2b erhalten folgende Fassung :

„Artikel 2

Fangverbote^(*)

(1) Der gezielte Fang von *Champscephalus*
gunnari, *Patagonotothen brevicauda guntheri*, *Noto-*
thenia rossii, *Notothenia gibberifrons*, *Chaenocephalus*
aceratus, *Pseudochaenichthys georgianus* und *Noto-*
thenia squamifrons im FAO-Untergebiet 48.3

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 24 vom 27. 1. 1983, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 252 vom 5. 9. 1981, S. 26.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 207 vom 29. 7. 1987, S. 1. Verordnung geändert
 durch die Verordnung (EWG) Nr. 3483/88 (ABl. Nr. L 306
 vom 11. 11. 1988, S. 2).

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 210 vom 7. 8. 1985, S. 2. Verordnung zuletzt geän-
 dert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2810/91 (ABl. Nr. L
 271 vom 27. 9. 1991, S. 1).

Antarktis (Südgeorgien) ist vom 2. November 1991 bis zum 6. November 1992 verboten.

(2) In den FAO-Untergebieten 48.1 und 48.2 Antarktis ist der gezielte Fischfang von Flossenfischen im Fischwirtschaftsjahr 1991/92 außer zu wissenschaftlichen Zwecken verboten.

(3) Der gezielte Fang von *Notothenia squamifrons* in dem statistischen FAO-Bereich 58.4.4 (Ob- und Lena-Bänke) ist vom 2. November 1991 bis zum 6. November 1992 außer zu wissenschaftlichen Forschungszwecken verboten.

Artikel 2a

Fangbeschränkungen (*)

(1) Die Fänge von *Electrona carlsbergi* im FAO-Untergebiet 48.3 Antarktis werden vom 2. November 1991 bis zum 6. November 1992 auf eine Gesamtmenge von 245 000 Tonnen beschränkt.

Außerdem werden die Fänge von *Electrona carlsbergi* während desselben Zeitraums in dem Gebiet von Shag Rocks, das durch die Koordinaten 52° 30'S, 40° W, 52° 30'S, 44° W, 54° 30'S, 40° W und 54° 30'S, 44° W begrenzt ist, auf eine Gesamtmenge von 53 000 Tonnen beschränkt.

(2) Bei der Fischerei im FAO-Untergebiet 48.3 Antarktis sind die Beifänge an *Notothenia rossii*, *Notothenia squamifrons*, *Chaenocephalus aceratus* und *Pseudochaenichthys georgianus* für jede Art auf 300 Tonnen und die Beifänge an *Notothenia gibberifrons* auf 500 Tonnen beschränkt.

(3) Der Fischfang im FAO-Untergebiet 48.3 wird eingestellt, wenn die Beifänge einer der in Absatz 2 genannten Arten die zulässigen Grenzen oder wenn die Gesamtfangmengen an *Electrona carlsbergi* 245 000 Tonnen erreicht haben.

(4) Der Fischfang im Gebiet von Shag Rocks wird eingestellt, wenn die Beifänge einer der in Absatz 2 genannten Arten die zulässigen Beifanggrenzen oder wenn die Gesamtfangmenge an *Electrona carlsbergi* 53 000 Tonnen erreicht haben, je nachdem welcher Sachverhalt früher gegeben ist.

(5) Die Fänge von *Dissostichus elegenoides* im FAO-Untergebiet 48.3 Antarktis sind in der Zeit vom 2. November 1991 bis 6. November 1992 auf eine TAC von 3 500 Tonnen beschränkt.

(6) Die Fänge von *Euphausia superba* im FAO-Gebiet 48 Antarktis sind vom 1. Juli 1991 bis 30. Juni 1992 auf 1,5 Millionen Tonnen beschränkt.

(7) Unverzüglich nach Übermittlung der erforderlichen Informationen durch die Antarktis-Kommission

setzt die Kommission gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 2241/87 den Zeitpunkt fest, zu dem die Gesamtfangmengen nach den Absätzen 1 bis 6 durch die Fänge von Schiffen der Gemeinschaft und anderen beteiligten Schiffen als ausgeschöpft gelten.

(8) Nach dem gemäß Absatz 7 festgesetzten Zeitpunkt ist jede Fischerei auf die betreffenden Arten im FAO-Untergebiet 48.3 Antarktis verboten, und die Schiffe der Gemeinschaft dürfen Fänge dieser Arten nicht mehr an Bord behalten, umladen oder anlanden, die in diesem Untergebiet nach diesem Zeitpunkt getätigt wurden.

Artikel 2b

Fangmeldungen (*)

(1) Unbeschadet der Anwendung der Artikel 5 bis 9 der Verordnung (EWG) Nr. 2241/87 unterliegen die Fänge von *Patagonotothen brevicauda guntheri*, *Champsocephalus gunnari*, *Dissostichus elegenoides*, *Notothenia rossii*, *Notothenia gibberifrons*, *Chaenocephalus aceratus*, *Pseudochaenichthys georgianus*, *Electrona carlsbergi* im FAO-Untergebiet 48.3 Antarktis und die Fänge von *Euphausia superba* im FAO-Gebiet 48 Antarktis der Meldepflicht nach diesem Artikel.

(2) Die Gesamtfänge jedes Schiffes der Gemeinschaft in dem Zeitraum vom 1. Juli 1991 bis zum Ende des ersten Kalendermonats nach dem 24. Juli 1992 werden der Kommission durch die betreffenden Flaggen- bzw. Registriermitgliedstaaten innerhalb von 10 Tagen nach Ablauf dieses Zeitraums gemeldet.

(3) Zur Meldung der Fänge nach dem in Absatz 2 genannten Zeitraum wird jeder Kalendermonat in sechs Meldezeiträume mit den Buchstaben A, B, C, D, E und F vom 1. bis zum 5. Tag, vom 6. bis zum 10. Tag, vom 11. bis zum 15. Tag, vom 16. bis zum 20. Tag, vom 21. bis zum 25. Tag und vom 26. bis zum letzten Tag des Monats eingeteilt.

Die Mitgliedstaaten melden der Kommission spätestens drei Tage nach jedem Meldezeitraum die Gesamtfänge, die jedes seine Flagge führende oder in seinem Hoheitsgebiet registrierte Schiff im vorhergehenden Meldezeitraum getätigt hat, unter Angabe des entsprechenden Monats und Meldezeitraums.

(4) Anhand der Meldungen gemäß den Absätzen 2 und 3 meldet die Kommission der Antarktis-Kommission am Ende eines jeden Meldezeitraums die Gesamtfänge der Schiffe der Gemeinschaft im vorangegangenen Meldezeitraum.

(*) Die Abgrenzung der in dieser Verordnung genannten FAO-Gebiete ist in der Mitteilung der Kommission 85/C 335/02 enthalten (ABl. Nr. C 335 vom 24. 12. 1985, S. 2)⁹.

2. Folgender Artikel wird eingefügt:

„Artikel 2c

Anmeldung neuer Fischereien

(1) Im Sinne dieses Artikels ist eine neue Fischerei ein Fischerei auf eine Art unter Verwendung einer bestimmten Fangmethode in einem statistischen Untergebiet, für die

- a) der Antarktis-Kommission keine Angaben über Verteilung, Größe, Demographie, Ertragspotential und Bestandsbeschreibung aus umfassenden Forschungsarbeiten, Erhebungen oder aus Versuchsfischerei vorliegen, oder
- b) der Antarktis-Kommission bisher keine Angaben über Fangmengen und Fischereiaufwand übermittelt worden sind, oder
- c) der Antarktis-Kommission keine Angaben über Fangmengen oder Fischereiaufwand aus den beiden letzten Fangperioden übermittelt worden sind, in denen Fischerei betrieben wurde.

(2) Die Ausübung der neuen Fischerei im Übereinkommensbereich ist untersagt, solange keine ausdrückliche Genehmigung gemäß Absatz 6 erteilt wurde.

(3) Jeder Halter eines Fischereifahrzeugs mit der Absicht, im Übereinkommensbereich eine neue Fischerei zu entwickeln, setzt die zuständigen Behörden des Mitgliedstaats, dessen Flagge das Schiff führt oder in dessen Hoheitsgebiet es registriert ist, von dieser Absicht in Kenntnis und legt diesen Behörden, so weit ihm möglich ist, die in Absatz 4 geforderten Angaben vor.

(4) Ein Mitgliedstaat, der von der geplanten Entwicklung einer neuen Fischerei im Übereinkommensbereich mit Schiffen, die seine Flagge führen oder in seinem Hoheitsgebiet registriert sind, in Kenntnis gesetzt worden ist, teilt dies der Kommission unverzüglich und nicht später als sechs Monate vor der nächsten ordentlichen Tagung der Antarktis-Kommission mit.

Zusammen mit der Anmeldung der neuen Fischerei übermittelt der Mitgliedstaat soweit wie möglich die nachstehenden Angaben:

- a) die Art der vorgeschlagenen Fischerei einschließlich Zielarten, Fangmethoden, vorgeschlagenes Gebiet sowie etwaige Mindestfangmengen, die erforderlich sind, um eine rentable Fischerei zu entwickeln;
- b) biologische Daten wie Verteilung, Bestandsgröße, demographische Angaben und Bestandsbeschreibung, die in umfassenden bestandskundlichen Erhebungen/Forschungsreisen zusammengestellt wurden;
- c) Einzelheiten über abhängige und vergesellschaftete Arten und die Wahrscheinlichkeit, daß diese von der vorgeschlagenen Fischerei mitbetroffen sein werden;
- d) Angaben über Fischereien in demselben Gebiet oder ähnliche Fischereien in anderen Gebieten, die zur Einschätzung des Ertragspotentials beitragen können.

(5) Die Kommission leitet die Angaben nach Absatz 4 zusammen mit allen weiteren einschlägigen Informationen zur Prüfung an die Antarktis-Kommission weiter.

(6) Sobald die Antarktis-Kommission ihre Prüfung der vorgeschlagenen neuen Fischerei abgeschlossen hat, wird über die Genehmigung der neuen Fischerei entschieden

— von der Kommission, wenn die Antarktis-Kommission im Zusammenhang mit der neuen Fischerei keine Erhaltungsmaßnahmen erlassen hat;

— vom Rat mit qualifizierter Mehrheit und auf Vorschlag der Kommission in allen anderen Fällen.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 13. Juli 1992.

Im Namen des Rates

Der Präsident

J. GUMMER

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2005/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1738/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13 Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 1820/92 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-

nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs, der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrechnungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 17. Juli 1992 festgestellten Kurse.

Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich der Äquivalenzkoeffizienten.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 1820/92 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen Angebotspreise und Notierungen, von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeugnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juli 1992 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 185 vom 4. 7. 1992, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingriß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag (°)
0709 90 60	148,44 (°) (°)
0712 90 19	148,44 (°) (°)
1001 10 10	159,90 (°) (°) (10)
1001 10 90	159,90 (°) (°) (10)
1001 90 91	138,03
1001 90 99	138,03 (11)
1002 00 00	152,26 (6)
1003 00 10	124,65
1003 00 90	124,65 (11)
1004 00 10	108,96
1004 00 90	108,96
1005 10 90	148,44 (°) (°)
1005 90 00	148,44 (°) (°)
1007 00 90	152,15 (4)
1008 10 00	51,98 (11)
1008 20 00	101,50 (4)
1008 30 00	50,27 (5)
1008 90 10	(7)
1008 90 90	50,27
1101 00 00	206,24 (8) (11)
1102 10 00	227,05 (8)
1103 11 10	260,84 (8) (10)
1103 11 90	222,74 (8)

(°) Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(°) Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean in die französischen überseeischen Departements erhoben.

(°) Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

(4) Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten, wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.

(°) Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

(6) Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission bestimmt.

(7) Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

(8) Die Abschöpfung wird bei der Einfuhr in Portugal um den in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3808/90 genannten Betrag erhöht.

(8) Gemäß Artikel 101 Absatz 1 der Entscheidung 91/482/EWG werden bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den überseeischen Ländern und Gebieten Abschöpfungen nur erhoben, wenn Absatz 4 desselben Artikels angewandt wird.

(10) Gemäß Artikel 101 Absatz 4 der Entscheidung 91/482/EWG wird ein Beitrag gleich dem mit der Verordnung (EWG) Nr. 1825/91 festgesetzten Betrag erhoben.

(11) Auf Erzeugnisse dieses Codes, die aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im Rahmen der zwischen diesen Ländern und der Gemeinschaft geschlossenen Interimsabkommen mit einer gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 585/92 erteilten Bescheinigung EUR 1 eingeführt werden, werden die im Anhang der genannten Verordnung angegebenen Abschöpfungen erhoben.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2006/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1738/92⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15 Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung (EWG) Nr. 1821/92 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt worden.

Um ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser

Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

- für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs, der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrechnungskurse stützt und auf den der im voraufgehenden Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 17. Juli 1992 festgestellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden, wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geändert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöpfungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Drittländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juli 1992 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 185 vom 4. 7. 1992, S. 4.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.
	7	8	9	10
0709 90 60	0	0	0	0
0712 90 19	0	0	0	0
1001 10 10	0	0	0	0
1001 10 90	0	0	0	0
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	0
1004 00 90	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0
1005 90 00	0	0	0	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat	1. Term.	2. Term.	3. Term.	4. Term.
	7	8	9	10	11
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2007/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Festlegung besonderer Übergangsmaßnahmen für Erzeugnisse, auf welche die zur Versorgung der Kanarischen Inseln erlassene Sonderregelung nicht angewandt wird

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 des Rates vom 15. Juni 1992 zur Einführung von Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1695/92 der Kommission vom 30. Juni 1992 mit gemeinsamen Durchführungsbestimmungen zur Sonderregelung für die Versorgung der Kanarischen Inseln mit bestimmten Agrarerzeugnissen ⁽²⁾ und besonders die Schlußbestimmungen,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1738/92 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 2, Artikel 16 Absatz 6 und Artikel 26 sowie die entsprechenden Vorschriften der anderen gemeinsamen Marktorganisationen,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Rates mit Sondermaßnahmen für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse zugunsten der Kanarischen Inseln wurde im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 145 vom 6. Juni 1992 veröffentlicht. Die Marktteiligten konnten deshalb erst ab diesem Tag das Verzeichnis der Erzeugnisse einsehen, bei denen die Ausfuhrerstattungen nicht durch eine gemeinschaftliche

Beihilfe ersetzt wird. Es handelt sich hier um eine grundsätzliche Änderung im Handel mit diesen Erzeugnissen zwischen der Gemeinschaft und den Kanarischen Inseln.

Für die betreffenden Erzeugnisse sollten zur Erleichterung der Umstellung auf die Neuregelung Sondermaßnahmen getroffen werden.

Diese Sondermaßnahmen dürfen die Verwaltung des Marktes nicht beeinträchtigen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme der zuständigen Verwaltungsausschüsse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Abweichend von Artikel 10 der Verordnung (EWG) Nr. 1695/92 dürfen vor dem 6. Juni 1992 mit Vorausfestsetzung der Erstattung beantragte Ausfuhrlicenzen bis zum Ende ihrer Gültigkeitsdauer für die Ausfuhr nach den Kanarischen Inseln verwendet werden.

Der vorstehende Absatz gilt nur für die Lizenzen, welche für Erzeugnisse oder Waren erteilt wurden, die unter die besondere Versorgungsregelung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1601/92 fallen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Juli 1992.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 173 vom 27. 6. 1992, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 179 vom 1. 7. 1992, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2008/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 mit Durchführungsbestimmungen zur Produktionsbeihilferegelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1569/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 13 der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 der Kommission ⁽³⁾ kann der Verarbeiter eine Vorauszahlung der Beihilfe beantragen. Für eine solche Vorauszahlung sind jedoch mehrere Voraussetzungen zu erfüllen. Da sich in der Praxis gezeigt hat, daß eine dieser Voraussetzungen je nach einzelstaatlicher Verwaltung unterschiedlich angewandt wird, sollte sie genauer festgelegt werden.

Außerdem sind die Vorschriften über die Strafen zu verschärfen, mit denen ein Verarbeiter zu rechnen hat, der die Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 nicht einhält, insbesondere falsche Erklärungen abgibt.

Die Verordnung gilt ab dem Wirtschaftsjahr 1992/93.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-

schusses für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 wird wie folgt geändert :

1. In Artikel 13 Absatz 1 erhält Buchstabe d) folgende Fassung :

„d) eine Erklärung des Verarbeiters zur Menge der Tomaten, für welche die Erzeuger bereits mindestens den Mindestpreis erhalten haben, sowie die Hinweise auf die diesbezüglichen Verträge“.

2. In Artikel 17 Absatz 1 erhalten der erste und zweite Gedankenstrich folgende Fassung :

— 10 %, wenn die Überschreitung mehr als 1 und höchstens 5 %,

— 40 %, wenn die Überschreitung mehr als 5 und höchstens 30 %

des geschuldeten Betrags ausmacht.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab dem Wirtschaftsjahr 1992/93.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 166 vom 20. 6. 1992, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 31.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2009/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

**zur Festlegung der gemeinschaftlichen Analysemethoden zum Nachweis des zur
Bereitung von Spirituosen und aromatisierter weinhaltiger Getränke und Cock-
tails verwendeten landwirtschaftlichen Äthylalkohols**DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1576/89 des Rates
vom 29. Mai 1989 zur Festlegung der allgemeinen Regeln
für die Begriffsbestimmung, Bezeichnung und Aufma-
chung von Spirituosen⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4
Absatz 8,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 des Rates
vom 10. Juni 1991 zur Festlegung der allgemeinen
Regeln für die Begriffsbestimmung, Bezeichnung und
Aufmachung aromatisierter weinhaltiger Getränke und
Cocktails⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Damit die zuständigen Behörden geeignete Untersu-
chungen auf den in Artikel 3 Buchstabe d) dritter Gedan-
kenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91 genannten
landwirtschaftlichen Äthylalkohol gemäß der Definition
des Artikels 1 Absatz 3 Buchstabe h) der Verordnung
(EWG) Nr. 1576/89 durchführen können, sind gemein-
schaftliche Analysemethoden festzulegen.Die Merkmale des landwirtschaftlichen Äthylalkohols
sind in Anhang I der Verordnungen (EWG) Nr. 1576/89
und (EWG) Nr. 1601/91 beschrieben. Sie entsprechen
den Bestandteilen, aus denen sich neutraler Alkohol
gemäß der Definition zusammensetzt, die im Anhang I
der Verordnung (EWG) Nr. 2046/89 des Rates vom
19. Juni 1989 zur Aufstellung allgemeiner Regeln für die
Destillation von Wein und Nebenerzeugnissen der Wein-
bereitung⁽³⁾ enthalten ist. Die im Weinsektor zum
Nachweis von neutralem Alkohol anzuwendenden
gemeinschaftlichen, in der Verordnung (EWG)Nr. 1238/92 der Kommission⁽⁴⁾ genannten Analyseme-
thoden sollten deshalb auch zur Anwendung der Verord-
nungen (EWG) Nr. 1576/89 und (EWG) Nr. 1601/91 als
solche anerkannt werden.Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse, die mit den in
dieser Verordnung vorgesehenen Analysemethoden erzielt
werden zu sichern, sind die Regeln festzulegen, die für die
Wiederholbarkeit und Reproduzierbarkeit der mit den
vorstehenden Methoden erhaltenen Ergebnisse gelten.Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Spirituosen und des Verwaltungsausschusses
für aromatisierte weinhaltige Getränke —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die zum Nachweis des in Artikel 3 Buchstabe d) dritter
Gedankenstrich der Verordnung (EWG) Nr. 1601/91
genannten, in Artikel 1 Absatz 3 Buchstabe h) der
Verordnung (EWG) Nr. 1576/89 definierten landwirt-
schaftlichen Äthylalkohols dienenden gemeinschaftlichen
Analysemethoden sind die im Anhang der Verordnung
(EWG) Nr. 1238/92 beschriebenen Methoden.Zur Gewährleistung der Vergleichbarkeit der Analyse-
ergebnisse findet Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr.
1238/92 Anwendung.*Artikel 2*Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröf-
fentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemein-
schaften* in Kraft.Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 160 vom 12. 6. 1989, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 149 vom 14. 6. 1991, S. 1.⁽³⁾ ABl. Nr. L 202 vom 14. 7. 1989, S. 14.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 130 vom 15. 5. 1992, S. 13.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2010/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 mit Durchführungsbestimmungen zur Produktionsbeihilferegelung für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse im Wirtschaftsjahr 1992/93

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

schusses für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und
Gemüse —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1569/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Im Wirtschaftsjahr 1992/93 gilt für die Erzeugung von Verarbeitungstomaten eine Garantieschwellenregelung. Im Interesse einer reibungslosen Anwendung dieser Regelung ist es notwendig, die Frist zu verlängern, in der der Verarbeiter die Produktionsbeihilfe beantragen muß. Die Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 der Kommission ⁽³⁾ ist deshalb entsprechend zu ändern.

Die Anwendung der im Wirtschaftsjahr 1992/93 geltenden Garantieschwellenregelung könnte eine verspätete Festsetzung der endgültigen Beihilfe zur Folge haben. Für dieses Wirtschaftsjahr sollte deshalb die vorläufige Beihilfe erhöht werden. Gleichzeitig müssen aber auch die zur etwaigen Wiedereinziehung eines Teils der vorläufigen Beihilfe erforderlichen Vorschriften erlassen werden, sollte sie, im Falle einer Überschreitung der betreffenden Schwelle, höher sein als die endgültige Beihilfe.

Damit sich der Sektor besser verwalten läßt und für das Wirtschaftsjahr 1992/93 die Voraussetzungen für die Feststellung einer etwaigen Überschreitung der jeweiligen Schwellen und die Kürzung der Produktionsbeihilfe geschaffen werden, muß die Kommission schnellstmöglich, aufgegliedert nach den drei Erzeugnisgruppen, über die Angaben zu den Mengen verfügen, die Gegenstand eines Beihilfeantrags sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-

Artikel 1

Im Wirtschaftsjahr 1992/93 gelten folgende Abweichungen von der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91:

1. Die Frist für die Einreichung der Anträge auf Gewährung der Produktionsbeihilfe gemäß Artikel 12 Absatz 4 der genannten Verordnung wird für Erzeugnisse aus Tomaten bis zum 15. Dezember verlängert.
2. In Artikel 13 Absatz 2 wird der Anteil von 80 % angewandt.
3. Werden die in der Verordnung (EWG) Nr. 989/84 der Kommission ⁽⁴⁾ genannten Schwellen überschritten, so verfällt die in Artikel 13 Absatz 2 genannte Sicherheit außerdem in dem Maße, wie die vorläufige höher als die endgültige Beihilfe ist.

Artikel 2

(1) Unbeschadet des Artikels 18 der Verordnung (EWG) Nr. 1558/91 teilen die Mitgliedstaaten der Kommission folgendes mit:

- vor dem 10. Oktober 1992 die in den Verarbeitungsverträgen sowie schriftlichen Vereinbarungen festgelegten Rohstoffmengen;
- spätestens am 10. Januar 1993 die Mengen, die im Wirtschaftsjahr 1992/93 Gegenstand eines Antrags auf Gewährung der Produktionsbeihilfe sind.

(2) Die in Absatz 1 genannten Mengen werden wie folgt aufgeschlüsselt:

- Tomatenkonzentrat,
- geschälte Tomaten, ganz
- andere Tomatenerzeugnisse.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am dritten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 166 vom 20. 6. 1992, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 144 vom 8. 6. 1991, S. 31.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 103 vom 16. 4. 1984, S. 19.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission
Ray MAC SHARRY
Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2011/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Änderung von Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 2752/89 und zur Bestimmung der zur Herstellung einer Tonne Kartoffelstärke nötigen Kartoffelmenge und des für diese Menge zu zahlenden Mindestpreises

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1738/92 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1008/86 des Rates vom 25. März 1986 zur Festlegung von Einzelheiten zur Regelung der Produktionserstattungen für Kartoffelstärke ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1744/92 ⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1745/92 des Rates vom 1. Juli 1992 zur Festsetzung des im Getreidewirtschaftsjahr 1992/93 von den Stärkeherstellern den Kartoffelerzeugern zu zahlenden Mindestpreises ⁽⁵⁾, insbesondere auf Artikel 2,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1008/86 setzt der Rat einen Mindestpreis fest, den der Stärkehersteller dem Kartoffelerzeuger für die zur Herstellung einer Tonne Kartoffelstärke benötigte Kartoffelmenge zu zahlen hat, und wird dieser Preis anhand der Menge und des Stärkegehalts der tatsächlich gelieferten Kartoffeln bestimmt. Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1745/92 ist der betreffende Mindestpreis für das Getreidewirtschaftsjahr 1992/93 auf 241,21 ECU festgesetzt worden.

Die den Kartoffelstärkeherstellern zu zahlende Prämie ist mit der Verordnung (EWG) Nr. 1744/92 für das Wirtschaftsjahr 1992/93 auf 18,67 ECU je Tonne hergestellte Kartoffelstärke festgesetzt worden. Die Prämie wird

anhand der Menge und des Stärkegehalts der tatsächlich gelieferten Kartoffeln bestimmt.

Es müssen der genaue Mindestpreis und die genaue Prämie festgesetzt werden, die gemäß den vorstehenden Bestimmungen zu zahlen sind.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Anhang II der Verordnung (EWG) Nr. 2752/89 der Kommission ⁽⁶⁾ wird durch den Anhang dieser Verordnung ersetzt.

Artikel 2

(1) Die zur Herstellung einer Tonne Stärke benötigte Kartoffelmenge und der Mindestpreis frei Fabrik, den der Stärkehersteller zu zahlen hat, werden im Anhang dieser Verordnung festgesetzt.

(2) Wird der Stärkegehalt der Kartoffeln mit Hilfe der Reimannschen oder der Parowschen Waage bestimmt und entspricht dieser Gehalt einer Zahl, die in der zweiten Spalte des Anhangs auf zwei oder drei Zeilen steht, so gelten die Sätze, die der zweiten oder dritten Zeile entsprechen.

Artikel 3

Die Verordnung (EWG) Nr. 1846/90 der Kommission ⁽⁷⁾ wird aufgehoben.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab 1. Juli 1992.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 94 vom 9. 4. 1986, S. 5.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 9.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 10.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 266 vom 13. 9. 1989, S. 13.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 168 vom 30. 6. 1990, S. 25.

ANEXO — BILAG — ANHANG — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ — ANNEX — ANNEXE — ALLEGATO — BIJLAGE — ANEXO

Peso bajo agua de 5 050 g de patatas (en gramos)	Tenor en fécula de patatas (en porcentaje)	Cantidad de patatas necesaria para la fabricación de 1 000 kg de fécula (en kilogramos)	Precio mínimo a percibir por los productores para 1 000 kg de patatas (en ecus)	Prima a percibir por el fabricante de fécula para 1 000 kg de patatas (en ecus)
Vægt under vand af 5 050 g kartofler (g)	Kartoflernes stivelsesindhold (vægtprocent)	Kartoffelmængde, der medgår til fremstilling af 1 000 kg stivelse (kg)	Producentens mindstpris pr. 1 000 kg kartofler (ECU)	Præmie at betale kartoffelstivelsesfabrikanten pr. 1 000 kg kartofler (ECU)
Unterwassergewicht von 5 050 g Kartoffeln (in Gramm)	Stärkegehalt der Kartoffeln (in Prozent)	Zur Erzeugung von 1 000 kg Kartoffelstärke nötige Kartoffelmenge (in Kilogramm)	Dem Erzeuger für 1 000 kg Kartoffeln zu zahlender Mindestpreis (in ECU)	Dem Stärkeerzeuger für 1 000 kg Kartoffeln zu zahlende Prämie (in ECU)
Βάρος υπό το ύδωρ 5 050 kg πατατών (σε γραμμάρια)	Περιεκτικότητα σε άμυλο των πατατών (%)	Ποσότητα πατατών απαραίτητη για παραγωγή 1 000 kg άμύλου (σε χιλιόγραμμα)	Ελάχιστη τιμή προς εισπραξη από τον παραγωγό για 1 000 kg πατατών (σε Ecu)	Πριμοδότηση προς πληρωμή στον παραγωγό για 1 000 kg πατατών (σε Ecu)
Underwater weight of 5 050 g of potatoes (grams)	Starch content of potatoes (%)	Quantity of potatoes required for the manufacture of 1 000 kg of starch (kg)	Minimum price to be paid to the potato producer per 1 000 kg of potatoes (ECU)	Premium to be paid to the starch producer per 1 000 kg of potatoes (ECU)
Poids sous l'eau de 5 050 g de pommes de terre (en grammes)	Teneur en fécula de la pomme de terre (en pourcentage)	Quantité de pommes de terre nécessaire à la fabrication de 1 000 kg de fécula (en kilogrammes)	Prix minimal à percevoir par le producteur pour 1 000 kg de pommes de terre (en écus)	Prime à percevoir par le féculier pour 1 000 kg de pommes de terre (en écus)
Peso sotto l'acqua di 5 050 g di patate (in grammi)	Tenore in fecola delle patate (in %)	Quantità di patate necessaria alla fabbricazione di 1 000 kg di fecola (in kg)	Prezzo minimo da percepire dal produttore per 1 000 kg di patate (in ECU)	Premio da percepire dal fabbricante di fecola per 1 000 kg di patate (in ECU)
Onderwatergewicht van 5 050 g aardappelen (in g)	Zetmeelgehalte van de aardappelen (in %)	Hoeveelheid aardappelen benodigd voor de vervaardiging van 1 000 kg zetmeel (in kg)	Minimaal door de producent te ontvangen prijs per 1 000 kg aardappelen (in ecu)	Door de zetmeelproducent te ontvangen premie per 1 000 kg aardappelen (in ecu)
Peso debaixo de água de 5 050 gr de batata (em grammas)	Teor de fécula de batata (em percentagem)	Quantidade de batata necessária ao fabrico de 1 000 kg de fécula (em quilogramas)	Preço mínimo a cobrar pelos produtores para 1 000 kg de batata (em ecus)	Subsídio a cobrar pelo produtor de fécula por 1 000 kg de batata (em ecus)
1	2	3	4	5
352	13,0	6 533	36,92	2,86
353	13,1	6 509	37,06	2,87
354	13,1	6 486	37,19	2,88
355	13,2	6 463	37,32	2,89
356	13,2	6 439	37,46	2,90
357	13,3	6 416	37,60	2,91
358	13,3	6 393	37,73	2,92
359	13,4	6 369	37,87	2,93
360	13,4	6 346	38,01	2,94
361	13,5	6 322	38,15	2,95
362	13,5	6 299	38,29	2,96
363	13,6	6 276	38,43	2,97
364	13,6	6 252	38,58	2,99
365	13,7	6 229	38,72	3,00
366	13,7	6 206	38,87	3,01
367	13,8	6 182	39,02	3,02
368	13,8	6 159	39,16	3,03
369	13,9	6 136	39,31	3,04
370	13,9	6 112	39,46	3,05

1	2	3	4	5
371	14,0	6 089	39,61	3,07
372	14,0	6 065	39,77	3,08
373	14,1	6 047	39,89	3,09
374	14,1	6 028	40,01	3,10
375	14,2	6 005	40,17	3,11
376	14,2	5 981	40,33	3,12
377	14,3	5 963	40,45	3,13
378	14,3	5 944	40,58	3,14
379	14,4	5 921	40,74	3,15
380	14,4	5 897	40,90	3,17
381	14,5	5 879	41,03	3,18
382	14,5	5 860	41,16	3,19
383	14,6	5 841	41,30	3,20
384	14,6	5 822	41,43	3,21
385	14,7	5 799	41,60	3,22
386	14,7	5 776	41,76	3,23
387	14,8	5 757	41,90	3,24
388	14,8	5 738	42,04	3,25
389	14,9	5 720	42,17	3,26
390	14,9	5 701	42,31	3,27
391	15,0	5 682	42,45	3,29
392	15,0	5 664	42,59	3,30
393	15,1	5 626	42,87	3,32
394	15,2	5 607	43,02	3,33
395	15,2	5 589	43,16	3,34
396	15,3	5 570	43,31	3,35
397	15,3	5 551	43,45	3,36
398	15,4	5 542	43,52	3,37
399	15,4	5 533	43,59	3,37
400	15,4	5 523	43,67	3,38
401	15,5	5 486	43,97	3,40
402	15,6	5 467	44,12	3,42
403	15,6	5 449	44,27	3,43
404	15,7	5 430	44,42	3,44
405	15,7	5 411	44,58	3,45
406	15,8	5 393	44,73	3,46
407	15,8	5 374	44,88	3,47
408	15,9	5 364	44,97	3,48
409	15,9	5 355	45,04	3,49
410	15,9	5 346	45,12	3,49
411	16,0	5 327	45,28	3,50
412	16,0	5 308	45,44	3,52
413	16,1	5 280	45,68	3,54
414	16,2	5 266	45,81	3,55
415	16,2	5 252	45,93	3,55
416	16,3	5 234	46,09	3,57
417	16,3	5 215	46,25	3,58
418	16,4	5 206	46,33	3,59
419	16,4	5 196	46,42	3,59
420	16,4	5 187	46,50	3,60
421	16,5	5 150	46,84	3,63
422	16,6	5 136	46,96	3,64
423	16,6	5 121	47,10	3,65
424	16,7	5 107	47,23	3,66
425	16,7	5 093	47,36	3,67
426	16,8	5 075	47,53	3,68
427	16,8	5 056	47,71	3,69
428	16,9	5 042	47,84	3,70
429	16,9	5 028	47,97	3,71
430	17,0	5 000	48,24	3,73
431	17,1	4 986	48,38	3,74
432	17,1	4 972	48,51	3,76
433	17,2	4 963	48,60	3,76
434	17,2	4 953	48,70	3,77
435	17,2	4 944	48,79	3,78
436	17,3	4 930	48,93	3,79
437	17,3	4 916	49,07	3,80
438	17,4	4 902	49,21	3,81
439	17,4	4 888	49,35	3,82

1	2	3	4	5
440	17,5	4 874	49,49	3,83
441	17,5	4 860	49,63	3,84
442	17,6	4 846	49,78	3,85
443	17,6	4 832	49,92	3,86
444	17,7	4 818	50,06	3,88
445	17,7	4 804	50,21	3,89
446	17,8	4 790	50,36	3,90
447	17,8	4 776	50,50	3,91
448	17,9	4 762	50,65	3,92
449	17,9	4 748	50,80	3,93
450	18,0	4 720	51,10	3,96
451	18,1	4 706	51,26	3,97
452	18,1	4 692	51,41	3,98
453	18,2	4 685	51,49	3,99
454	18,2	4 679	51,55	3,99
455	18,2	4 673	51,62	4,00
456	18,3	4 645	51,93	4,02
457	18,4	4 631	52,09	4,03
458	18,4	4 617	52,24	4,04
459	18,5	4 607	52,36	4,05
460	18,5	4 598	52,46	4,06
461	18,6	4 584	52,62	4,07
462	18,6	4 570	52,78	4,09
463	18,7	4 561	52,89	4,09
464	18,7	4 551	53,00	4,10
465	18,7	4 542	53,11	4,11
466	18,8	4 523	53,33	4,13
467	18,9	4 509	53,50	4,14
468	18,9	4 495	53,66	4,15
469	19,0	4 481	53,83	4,17
470	19,0	4 467	54,00	4,18
471	19,1	4 458	54,11	4,19
472	19,1	4 449	54,22	4,20
473	19,2	4 437	54,36	4,21
474	19,2	4 425	54,51	4,22
475	19,3	4 414	54,65	4,23
476	19,3	4 402	54,80	4,24
477	19,4	4 390	54,95	4,25
478	19,4	4 379	55,08	4,26
479	19,5	4 367	55,23	4,28
480	19,5	4 355	55,39	4,29
481	19,6	4 343	55,54	4,30
481,6	19,6	4 337	55,62	4,30
482	19,7	4 335	55,64	4,31
483	19,7	4 332	55,68	4,31
483,2	19,7	4 332	55,68	4,31
484	19,8	4 325	55,77	4,32
484,8	19,8	4 318	55,86	4,32
485	19,9	4 317	55,87	4,32
486	19,9	4 311	55,95	4,33
486,4	19,9	4 309	55,98	4,33
487	20,0	4 305	56,03	4,34
488	20,0	4 299	56,11	4,34
489	20,1	4 294	56,17	4,35
490	20,1	4 290	56,23	4,35
491	20,2	4 287	56,27	4,36
492	20,2	4 285	56,29	4,36
493	20,3	4 283	56,32	4,36
494	20,3	4 280	56,36	4,36
495	20,4	4 278	56,38	4,36
496	20,4	4 276	56,41	4,37
497	20,5	4 273	56,45	4,37
498	20,5	4 271	56,48	4,37
499	20,6	4 266	56,54	4,38
500	20,6	4 262	56,60	4,38
501	20,7	4 259	56,64	4,38
502	20,7	4 257	56,66	4,39
503	20,8	4 255	56,69	4,39
504	20,8	4 252	56,73	4,39

1	2	3	4	5
505	20,9	4 248	56,78	4,40
506	20,9	4 243	56,85	4,40
507	21,0	4 238	56,92	4,41
508	21,0	4 234	56,97	4,41
509	21,1	4 229	57,04	4,41
509,9	21,1	4 224	57,10	4,42
510	21,1	4 224	57,10	4,42
511	21,2	4 219	57,17	4,43
511,8	21,2	4 215	57,23	4,43
512	21,3	4 214	57,24	4,43
513	21,3	4 209	57,31	4,44
513,7	21,3	4 206	57,35	4,44
514	21,4	4 204	57,38	4,44
515	21,4	4 199	57,44	4,45
515,6	21,4	4 196	57,49	4,45
516	21,5	4 194	57,51	4,45
517	21,5	4 189	57,58	4,46
517,5	21,5	4 187	57,61	4,46
518	21,6	4 184	57,65	4,46
519	21,6	4 180	57,71	4,47
519,4	21,6	4 178	57,73	4,47
520	21,7	4 175	57,77	4,47
521	21,7	4 170	57,84	4,48
521,3	21,7	4 168	57,87	4,48
522	21,8	4 165	57,91	4,48
523	21,8	4 160	57,98	4,49
523,2	21,8	4 159	58,00	4,49
524	21,9	4 155	58,05	4,49
525	21,9	4 150	58,12	4,50
525,1	21,9	4 150	58,12	4,50
526	22,0	4 145	58,19	4,50
527	22,0	4 140	58,26	4,51
528	22,1	4 135	58,33	4,52
528,8	22,1	4 131	58,39	4,52
529	22,2	4 130	58,40	4,52
530	22,2	4 125	58,48	4,53
530,6	22,2	4 122	58,52	4,53
531	22,3	4 119	58,56	4,53
532	22,3	4 114	58,63	4,54
532,4	22,3	4 112	58,66	4,54
533	22,4	4 111	58,67	4,54
534	22,4	4 108	58,72	4,54
534,2	22,4	4 108	58,72	4,54
535	22,5	4 103	58,79	4,55
536	22,5	4 098	58,86	4,56
537	22,6	4 093	58,93	4,56
537,8	22,6	4 089	58,99	4,57
538	22,7	4 088	59,00	4,57
539	22,7	4 083	59,08	4,57
539,6	22,7	4 080	59,12	4,58
540	22,8	4 078	59,15	4,58
541	22,8	4 076	59,18	4,58
541,4	22,8	4 075	59,19	4,58
542	22,9	4 072	59,24	4,58
543	22,9	4 066	59,32	4,59
543,2	22,9	4 066	59,32	4,59
544	23,0	4 061	59,40	4,60
545	23,0	4 056	59,47	4,60

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2012/92 DER KOMMISSION

vom 20. Juli 1992

zur Einführung einer Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung in Polen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1754/92⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 25 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72
schreibt vor, daß wenn der Einfuhrpreis bei der Einfuhr
eines Erzeugnisses aus einem Drittland an zwei aufeinander-
folgenden Markttagen um mindestens 0,6 ECU unter
dem Referenzpreis liegt, bei der Einfuhr dieses Erzeug-
nisses aus dem betreffenden Herkunftsland außer in
Ausnahmefällen eine Ausgleichsabgabe erhoben wird. Die
Ausgleichsabgabe muß gleich der Differenz zwischen
dem Referenzpreis und dem arithmetischen Mittel der
beiden letzten, für das betreffende Herkunftsland verfüg-
baren Einfuhrpreise sein.

In der Verordnung (EWG) Nr. 258/92 der Kommission
vom 3. Februar 1992 zur Festsetzung der Referenzpreise
für Gurken für das Wirtschaftsjahr 1992⁽³⁾ wurde der
Referenzpreis für diese Erzeugnisse der Güteklasse I auf
48,28 ECU je 100 kg Eigengewicht für den Monat Juli
1992 festgesetzt.

Der Einfuhrpreis für ein bestimmtes Herkunftsland ist
gleich der niedrigsten repräsentativen Notierung oder
dem Mittel der niedrigsten repräsentativen Notierungen
für mindestens 30 v.H. der auf allen repräsentativen
Märkten, für welche Notierungen vorliegen, vermarkteten
Mengen aus dem betreffenden Herkunftsland, wobei diese
Notierung oder Notierungen um die in Artikel 24
Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 genannten
Zölle und Abgaben verringert werden. Der Begriff reprä-
sentative Notierung ist in Artikel 24 Absatz 2 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1035/72 festgelegt.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

Nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG)
Nr. 2118/74 der Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 3811/85⁽⁵⁾, müssen die zu
berücksichtigenden Notierungen auf den repräsentativen
Märkten und unter bestimmten Voraussetzungen auf
anderen Märkten festgestellt werden und gegebenenfalls
mit dem Koeffizienten multipliziert werden, der in
Artikel 1 Absatz 2 erster Gedankenstrich der Verordnung
(EWG) Nr. 258/92 festgesetzt worden ist.

Der hieraus berechnete Einfuhrpreis hat für Gurken mit
Ursprung in Polen an zwei aufeinanderfolgenden Markt-
tagen um mindestens 0,6 ECU unter dem Referenzpreis
gelegen. Daher muß eine Ausgleichsabgabe für diese
Gurken erhoben werden.

Um ein normales Funktionieren der Regelung zu
erlauben, ist bei der Berechnung des Einfuhrpreises
zugrunde zu legen :

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in
Höhe von 2,25 v.H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berich-
tigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 zweiter
Unterabsatz letzter Gedankenstrich der Verordnung
(EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽⁶⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁷⁾,
- für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs,
der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem
bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrech-
nungskurse stützt und auf den der im voraufgehenden
Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt
wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Auf Einfuhren von Gurken (KN-Codes 0707 00 11 und
0707 00 19) mit Ursprung in Polen wird eine Ausgleichs-
abgabe in Höhe von 17,08 ECU je 100 kg Eigengewicht
angewandt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1992 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 180 vom 1. 7. 1992, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 28 vom 4. 2. 1992, S. 6.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 220 vom 10. 8. 1974, S. 20.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 368 vom 31. 12. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 2013/92 DER KOMMISSION
vom 20. Juli 1992
zur Änderung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden
Berichtigung

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1418/76 des Rates
vom 21. Juni 1976 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Reis ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 674/92 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 17 Absatz
4 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwen-
dende Berichtigung wurde durch die Verordnung (EWG)
Nr. 1646/92 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
1646/92 enthaltenen Modalitäten auf die Angaben, über
die die Kommission gegenwärtig verfügt, führt dazu, daß

die derzeit geltende Berichtigung entsprechend dem
Anhang zu dieser Verordnung zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Der in Artikel 17 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr.
1418/76 genannte Betrag, um den die im voraus festge-
setzten Erstattungsbeträge für die Ausfuhr von Reis und
Bruchreis zu berichtigen sind, festgesetzt im Anhang der
Verordnung (EWG) Nr. 1646/92 wird wie im Anhang
angegeben geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Juli 1992 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Juli 1992

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 166 vom 25. 6. 1976, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 73 vom 19. 3. 1992, S. 7.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 172 vom 27. 6. 1992, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Juli 1992 zur Änderung der bei der Erstattung für Reis und Bruchreis anzuwendenden Berichtigung

(ECU/Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10
1006 20 11 000	—	—	—	—	—
1006 20 13 000	01	0	0	0	0
1006 20 15 000	01	0	0	0	0
1006 20 17 000	—	—	—	—	—
1006 20 92 000	—	—	—	—	—
1006 20 94 000	01	0	0	0	0
1006 20 96 000	01	0	0	0	0
1006 20 98 000	—	—	—	—	—
1006 30 21 000	—	—	—	—	—
1006 30 23 000	01	0	0	0	0
1006 30 25 000	01	0	0	0	0
1006 30 27 000	—	—	—	—	—
1006 30 42 000	—	—	—	—	—
1006 30 44 000	01	0	0	0	0
1006 30 46 000	01	0	0	0	0
1006 30 48 000	—	—	—	—	—
1006 30 61 100	01	0	0	0	0
	02	0	0	0	0
	03	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 61 900	01	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 63 100	01	0	0	0	0
	02	0	0	0	0
	03	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 63 900	01	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 65 100	01	0	0	0	0
	02	0	0	0	0
	03	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 65 900	01	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 67 100	—	—	—	—	—
1006 30 67 900	—	—	—	—	—
1006 30 92 100	01	0	0	0	0
	02	0	0	0	0
	03	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 92 900	01	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 94 100	01	0	0	0	0
	02	0	0	0	0
	03	0	0	0	0
	04	0	0	0	0

(ECU/Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung (1)	Laufender Monat 7	1. Term. 8	2. Term. 9	3. Term. 10
1006 30 94 900	01	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 96 100	01	0	0	0	0
	02	0	0	0	0
	03	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 96 900	01	0	0	0	0
	04	0	0	0	0
1006 30 98 100	—	—	—	—	—
1006 30 98 900	—	—	—	—	—
1006 40 00 000	—	—	—	—	—

(1) Folgende Bestimmungen sind vorgesehen :

- 01 Österreich, Liechtenstein, die Schweiz, die Gebiete der Gemeinden Livigno und Campione d'Italia,
- 02 die Zonen I, II, III, VI, Ceuta und Melilla,
- 03 die Zonen IV, V a), VII c), Kanada und die Zone VIII, mit Ausnahme von Surinam, Guyana und Madagaskar,
- 04 die Bestimmungen, genannt in Artikel 34 der Verordnung (EWG) Nr. 3665/87 der Kommission.

NB: Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3049/89, bestimmt sind.

BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Verordnung (EWG) Nr. 1764/92 des Rates vom 29. Juni 1992 zur Änderung der Einfuhrregelung der Gemeinschaft für bestimmte Agrarerzeugnisse mit Ursprung in Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Malta, Marokko, Syrien, Tunesien und Zypern

(Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 181 vom 1. Juli 1992)

Seite 9, Artikel 3 zweiter Unterabsatz:

anstatt: „Sie gilt ab 1. Juni 1992.“

muß es heißen: „Sie gilt ab 1. Januar 1992.“
